

WERNER OSTWALD

Die räumliche Situation in den DDR-Regionen

Anforderungen an eine neue Raumplanung

Kurzfassung

Der Beitrag ist ein erster Versuch, die räumliche Situation in der bisherigen Deutschen Demokratischen Republik und ihre historische Entwicklung aufzuarbeiten.

Die Raumforschung in der DDR hat die Vorzüge und die Nachteile der räumlichen Struktur in einem Raumordnungsbericht dargestellt, der noch der DDR-Regierung vorgelegt und außerdem veröffentlicht wurde.

Die Vorzüge und Probleme der Ballungsregionen, der besonders strukturschwachen Regionen und solcher mit Standortvorteilen sowie der ländlichen Räume wurden skizziert.

Das Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands erfordert, die bisherigen DDR-Regionen für das künftige Deutschland und auch für Europa paßfähig zu machen. Diese Paßfähigkeit wird definiert und mögliche Schritte ihrer Realisierbarkeit beschrieben.

Der Handlungsbedarf der Raumordnung liegt auch in Ostdeutschland künftig bei den Ländern und Kommunen. Das dazu erforderliche Instrumentarium und personelle Potential wird abschließend eingeschätzt.

Der Vereinigungsprozeß in Deutschland hat eine hohe raumordnungspolitische und -wissenschaftliche Relevanz. Von der Raumordnung, der Landes-, Regional- und Stadtentwicklungsplanung wird erwartet, konzeptionell vorauszu-denken, die räumliche Entwicklung eines neuen einheitlichen Deutschlands mit überall gleichwertigen Lebensbedingungen vorausschauend zu konzipieren. Dazu ist erforderlich, die räumlichen Strukturen in beiden Teilen Deutschlands, ihre Paßfähigkeit und die Anpassungserfordernisse sorgfältig zu analysieren und zu prognostizieren. Das kann sicher nur im Zusammenwirken der Vertreter der Raumforschung aus der Bundesrepublik und der bisherigen DDR geschehen.

Nachfolgend sollen aus Forschungsergebnissen des Forschungsinstituts für Landeskunde und Raumordnung, Berlin (Ost), die räumliche Situation und einige Anforderungen an eine neue Raumplanung skizziert werden.

1. Zur räumlichen Situation in der DDR

Wir beschreiben die Raumstruktur der DDR als Reflexion der allgemein gestörten, teilweise erheblich deformierten ökonomischen, sozialen und ökologischen Prozesse in der DDR. Das spiegelt sich wider im Zustand der technischen und der sozialen Infrastruktur, die die infrastrukturellen Bedürfnisse der Wirtschaft und der Bevölkerung größtenteils nicht mehr befriedigt, und in hohen Umweltbelastungen. Die Störungen der wirtschaftlichen und sozialen Prozesse spiegeln

sich wider im Zustand der altindustrialisierten Ballungsgebiete und der meisten Städte, noch mehr aber eigentlich in den seit Beginn der 80er Jahre immer krasser gewordenen räumlichen Differenzierungen zwischen den Bezirken der DDR.

Aufarbeitung der räumlichen Entwicklung

Bis Anfang der 80er Jahre, solange es noch ökonomisches Wachstum in der DDR gab, war eine einigermaßen ausgeglichene räumliche Entwicklung festzustellen, obwohl die zentralistische Wirtschaftsplanung entsprechend ihrem dirigistischen Charakter eine betont sektorale und zu geringe regionale Orientierung hatte. Die Wirtschaftsplanung war auf wirtschaftliches Wachstum in den Zweigen, d.h. in den Kombinat und Betrieben ausgerichtet. Dagegen wurden die Standortbedingungen, die lokalen und regionalen Ressourcen, die Infrastruktur der Regionen und Städte in die Wirtschaftsplanung hauptsächlich unter dem einen Aspekt einbezogen, wie sie im Interesse der Entwicklung der Kombinate ausgenutzt werden konnten. Erfordernisse der eigenen proportionalen Entwicklung der Regionen und Städte konnten nicht wirksam gemacht werden. Der Hauptgrund dafür war, daß eine demokratisch getragene, entscheidungsfähige kommunale Selbstverwaltung als natürlicher Anwalt der Regional- und Stadtentwicklung nicht existierte. Sie wurde in der DDR erst mit den Kommunalwahlen vom Mai 1990 ins Leben gerufen.

Mit dem Aufhören des ökonomischen Wachstums der DDR steigerte sich die Geringschätzung räumlicher Entwicklung, bzw. wurde voll sichtbar.

Bis in die 70er Jahre hatte es noch ein zwischen den Bezirken weitgehend ausgeglichenes Entwicklungstempo der Industrieproduktion gegeben. Mit Verlangsamung des Gesamtwachstumstempos bei zunehmender Wachstumsdifferenzierung zwischen den Industriezweigen differenzierte sich auch das Entwicklungstempo der Industrieproduktion zwischen den Bezirken immer stärker — zugunsten ausgesuchter Standorte von Schlüsseltechnologien der Mikroelektronik in den Bezirken Frankfurt/Oder, Gera und Erfurt — zu Lasten der industriellen Ballungsregionen Leipzig, Halle, Chemnitz und Dresden.

Ebenso einseitig wurde die städtebauliche Entwicklung differenziert, zugunsten des absolut bevorzugten Standortes Berlin (Ost) und der meisten Bezirksstädte, zu Lasten der Masse der übrigen Städte, ganz besonders aber zu Lasten der Zentren der eben genannten sächsischen und anhaltinischen Ballungsgebiete und zu Lasten der Kleinstädte. Die Migration innerhalb der DDR und die Vernachlässigung bestimmter Einrichtungen der technischen und sozialen Infrastruktur

taten ein übriges, um die regionalen Disparitäten anwachsen zu lassen.

Alles wurde noch dadurch verschärft, daß die Naturressourcen extensiv ausgebeutet wurden. Mit der Entnahme von jährlich 550 Mio. m³ silikatischen Rohstoffen war die DDR im Maßstab Europas, bezogen auf die Einwohnerzahl des Landes, eines der bergbauintensivsten Länder. Das Wasser und die Fläche werden übermäßig beansprucht, und die ökologische Belastung erreicht negative Spitzenwerte in Europa, besonders ausgeprägt in den Ballungsregionen mit den höchsten Emissionen an Schwefeldioxid und Stickoxid. Auch in ökologischer Hinsicht wuchs die räumliche Differenzierung in der DDR immer weiter. Die Staubimmission ist heute in den Räumen Halle/Leipzig, Chemnitz/Zwickau und Dresden/Oberes Elbtal mit 25 t/km² im Jahr zehnmal höher als im Norden der DDR.

Beitrag der Raumforschung: Raumordnungsbericht

Die Raumforschung der DDR hat versucht, mit dem Entwurf eines Raumordnungsberichts für die Regierung und die Volkskammer sowie vor allem für die Öffentlichkeit die Prozesse historisch aufzuarbeiten, die zum heutigen Zustand der Raumstruktur der DDR geführt haben. Dazu gehört die vorwiegend extensive Industrieentwicklung — ohne Rationalisierungsmaßnahmen, bei rückläufiger Bevölkerungsentwicklung —, d.h. eine auf Kosten der Infrastruktur und des Bauwesens durchgesetzte extensive Industrieentwicklung. Als hauptsächliche generelle Probleme der gegenwärtigen Raumstruktur der DDR weist der Raumordnungsbericht aus:

1. den fortschreitenden Alterungsprozeß der DDR-Bevölkerung, der sich besonders kraß in den Ballungen und den einseitig entwickelten ländlichen Räumen zeigt;
2. den schlechten Zustand baulicher Anlagen, besonders der Infrastruktur, aber auch der Wirtschaft, der am deutlichsten im baulichen Verfall von Städten in Erscheinung tritt;
3. die hohe Belastung der Luft und des Wassers, den über Jahrzehnte anhaltenden Flächenentzug für Tagebaue und Siedlungen, was in vielen DDR-Regionen das ökologische Gleichgewicht gefährdet oder bereits zerstört hat.

Diese Feststellungen sind nicht neu. Die Büros für Territorialplanung der Bezirke, Institute von Universitäten und Hochschulen sowie die Forschungsleitstelle haben bereits seit Mitte der 80er Jahre mehrfach kritisch auf die rasch zunehmenden räumlichen Disparitäten hingewiesen. Die kritische Substanz der Hinweise wurde jedoch ignoriert.

Andererseits ist dieser kritischen Analyse der räumlichen Struktur hinzuzufügen, daß die Raum-, Regional- und Stadtstruktur der DDR durchaus auch positive Seiten besitzt. Es wäre wissenschaftlich unseriös, bei den negativen Seiten stehen zu bleiben. Zu dem Erbe, das die künftigen fünf Länder der DDR einzeln und in ihrer Gesamtheit in den Vereinigungsprozeß einbringen, gehören durchaus auch Positiva. Sie sind Ergebnis angestrebter 40jähriger Arbeit zur Überwindung sektoraler und regionaler Disparitäten unter oft schwierigen inneren und äußeren Bedingungen.

Vorzüge und Probleme von DDR-Regionen

Zu den Vorzügen, die die DDR-Regionen in die deutsche Vereinigung und in die europäische Integration einbringen, gehört beispielsweise, daß das bestehende Süd-Nord-Gefälle

der Bevölkerungsdichte, der Städtedichte, der Industriedichte und des Infrastrukturnetzes nicht gleichzeitig auch ein Gefälle in den Lebensbedingungen ist.

Die Gesamtbevölkerung in den DDR-Regionen lebt zu je einem Viertel in Dörfern, in Kleinstädten, in Mittelstädten und in Großstädten. Die Siedlungsstruktur ist also relativ ausgewogen. Die Untersuchungen des Forschungsinstituts für Landeskunde und Raumordnung weisen nach, daß die Unterschiede der infrastrukturellen Ausstattung, beispielsweise hinsichtlich Wohnraum, Bildungseinrichtungen, medizinischen Betreuungseinrichtungen und Anschluß an das Trinkwassernetz, geringer sind als die Unterschiede des ökonomischen Leistungsvermögens, gemessen an der Industrieproduktion (vgl. Tab. 1).

Zwischen den Regionen im industrialisierten Süden und denen im stärker agrarisch strukturierten Norden bestehen also annähernd gleichwertige Lebensbedingungen, jedoch größere Variationsbreiten des ökonomischen (industriellen) Leistungsvermögens (vgl. Karte 1 und Tab. 2). Zwar gibt es keine industrieleeren Räume, jedoch haben 40 Kreise, vor allem im Norden, einen Industrialisierungsgrad von weniger als 10 % (vgl. Karte 2). Die Nachteile und Entwicklungsprobleme dieser Kreise sind das Ergebnis der genannten ausgeprägt sektoralen Investitionspolitik, der raumordnungspolitischen Ignoranz des früheren DDR-Regimes und des Fehlens einer kommunalen Ebene mit Entscheidungskompetenz. Eine Folge ist, daß sich die technische Infrastruktur in allen DDR-Regionen auf einem fast überall gleichen, jedoch niedrigen Niveau befindet. Sie entspricht den qualitativen Ansprüchen in keiner Region bzw. fehlt zum Teil sogar, wie z.B. die Kommunikationsinfrastruktur.

Die städtebauliche Entwicklung vollzog sich unausgeglichen, zugunsten von Berlin-Ost und der meisten Bezirksstädte, zu Lasten der Städte in den Ballungsregionen und vor allem der Kleinstädte in allen Regionen. Seit mehr als 20 Jahren ist eine Abwanderung vom Lande und aus den Kleinstädten und Landgemeinden der Ballungsregionen zu beobachten.

Ballungsregionen

In den Ballungsregionen leben auf einem Sechstel der Fläche der DDR-Regionen etwa 40 % der DDR-Bevölkerung (etwa 6,5 Mio. Einwohner). 52 % der Industriebeschäftigten der DDR produzieren dort mit 46 % des Grundmittelbestandes der Industrie 46 % der industriellen Warenproduktion.

Es handelt sich um die Regionen

Halle/Leipzig,
Chemnitz/Zwickau,
Dresden/Oberes Elbtal und
Berlin und Umland.

Mit Ausnahme von Berlin-Ost und Umland sind die Ballungsregionen gegenüber den übrigen DDR-Regionen stark problembelastet. Hoher Verschleiß der industriellen und infrastrukturellen Grundfonds und hohe Umweltbelastung charakterisieren sie. Verschleiß und Überlastung der technischen und sozialen Infrastruktur sind höher als im Durchschnitt der DDR-Regionen, die Umweltbelastung ist größer, der Verfall der Städte ausgeprägter, der Abschreibungsgrad des Industrie-Anlagevermögens höher. Dennoch ist die Anpassungsfähigkeit der Ballungsregionen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen höher einzuschätzen als die vieler anderer DDR-Regionen.

Tabelle 1:
Strukturkennziffern
Vergleich der Bezirksgruppen* Nord, Mitte, Süd, Südwest
zum DDR-Durchschnitt

	Nord	Mitte	Süd	Südwest	Variationsbreite
Industrielle Produktionsdichte	0,32	0,73	2,03	1,1	1 : 6,3
Bevölkerungsdichte	0,56	0,70	1,79	1,17	1 : 3,2
Siedlungsdichte:					
Landgemeinden	0,69	0,88	1,16	1,56	1 : 2,2
Stadtgemeinden	0,49	0,74	1,79	1,18	1 : 3,7
insgesamt	0,66	0,86	1,24	1,50	1 : 2,3
Verkehrsnetzdichte (in km je km²)	0,81	1,00	1,80	1,48	1 : 2,2
Straßen (in km je km²)	0,72	0,88	1,64	1,35	1 : 1,8
Deutsche Reichsbahn (in km je km²)	0,09	0,12	0,12	0,12	1 : 1,8
Anschlußgrad an zentrales Wasser- ableitungsnetz (Anteil angeschlossener Einwohner)	66	62	74	82	1 : 1,3
Anschlußgrad an zentrale Kläranlagen (Anteil angeschlossener Einwohner)	60	56	56	47	1 : 1,3
Medizinische Betreuung:					
Ambulante ärztliche Arbeitsplätze je 10 000 Einwohner	12,9	11,9	12,9	12,6	1 : 1,1
Betten in Krankenhäusern je 10 000 Einwohner	96	96	99	102	1 : 1,1
Plätze in Feierabend-, Pflegeheimen und Wohnhäusern für ältere Bürger je 1 000 Rentner	71	72	63	68	1 : 1,1
Plätze in Kultur- und Klubhäusern je 1 000 Einwohner	29	38	35	40	1 : 1,2

*) In den Bezirksgruppen sind folgende bisherige Bezirke der DDR zusammengefaßt:
Nord — Rostock, Schwerin, Neubrandenburg
Mitte — Berlin-Ost, Cottbus, Frankfurt/O., Potsdam, Magdeburg
Süd — Halle, Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt/Chemnitz
Südwest — Erfurt, Gera, Suhl

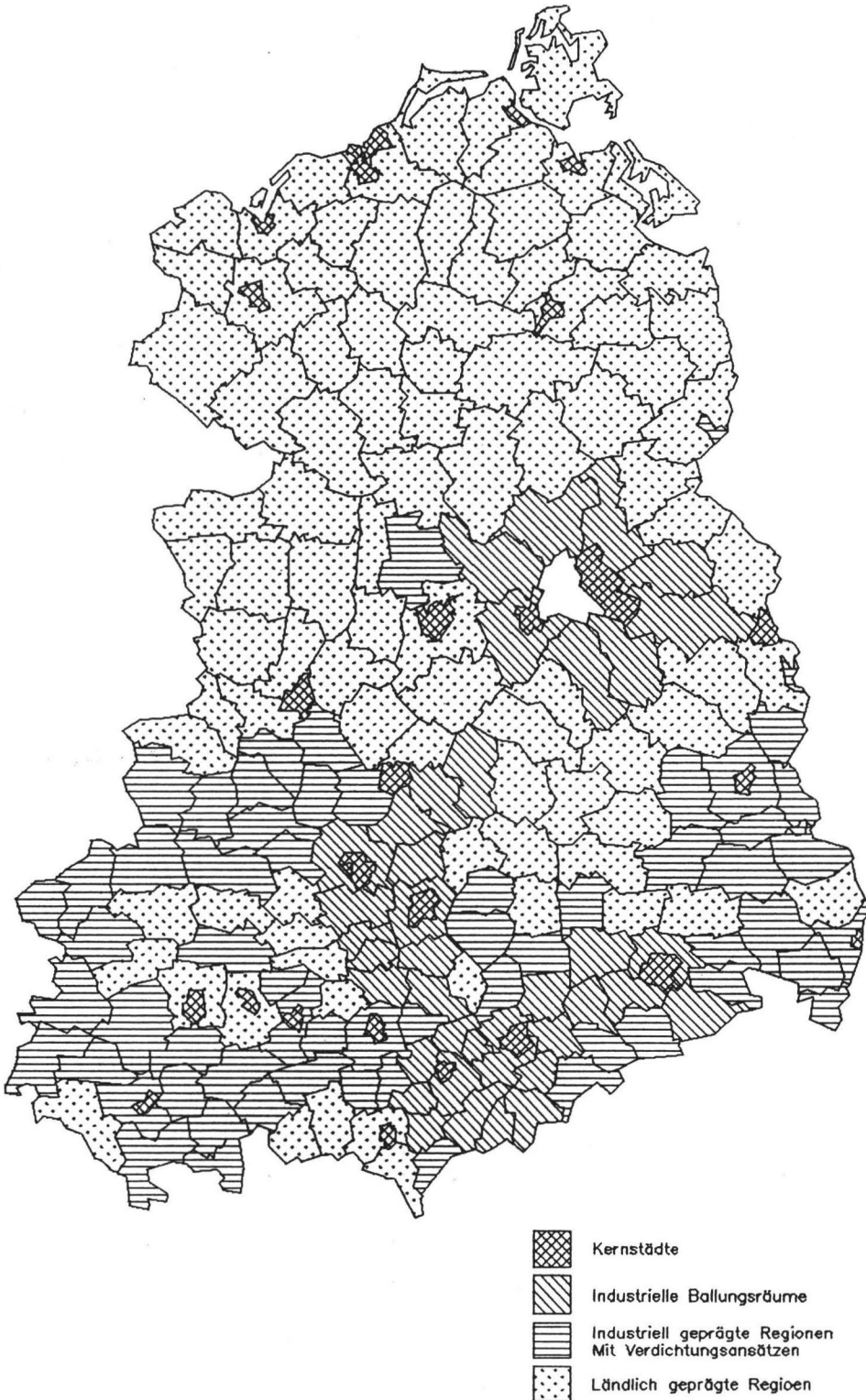
Quelle: Eigene Berechnungen des Forschungsinstituts für Landeskunde und Raumordnung der DDR

Tabelle 2:
Bevölkerungsverteilung der DDR nach Regionstypen

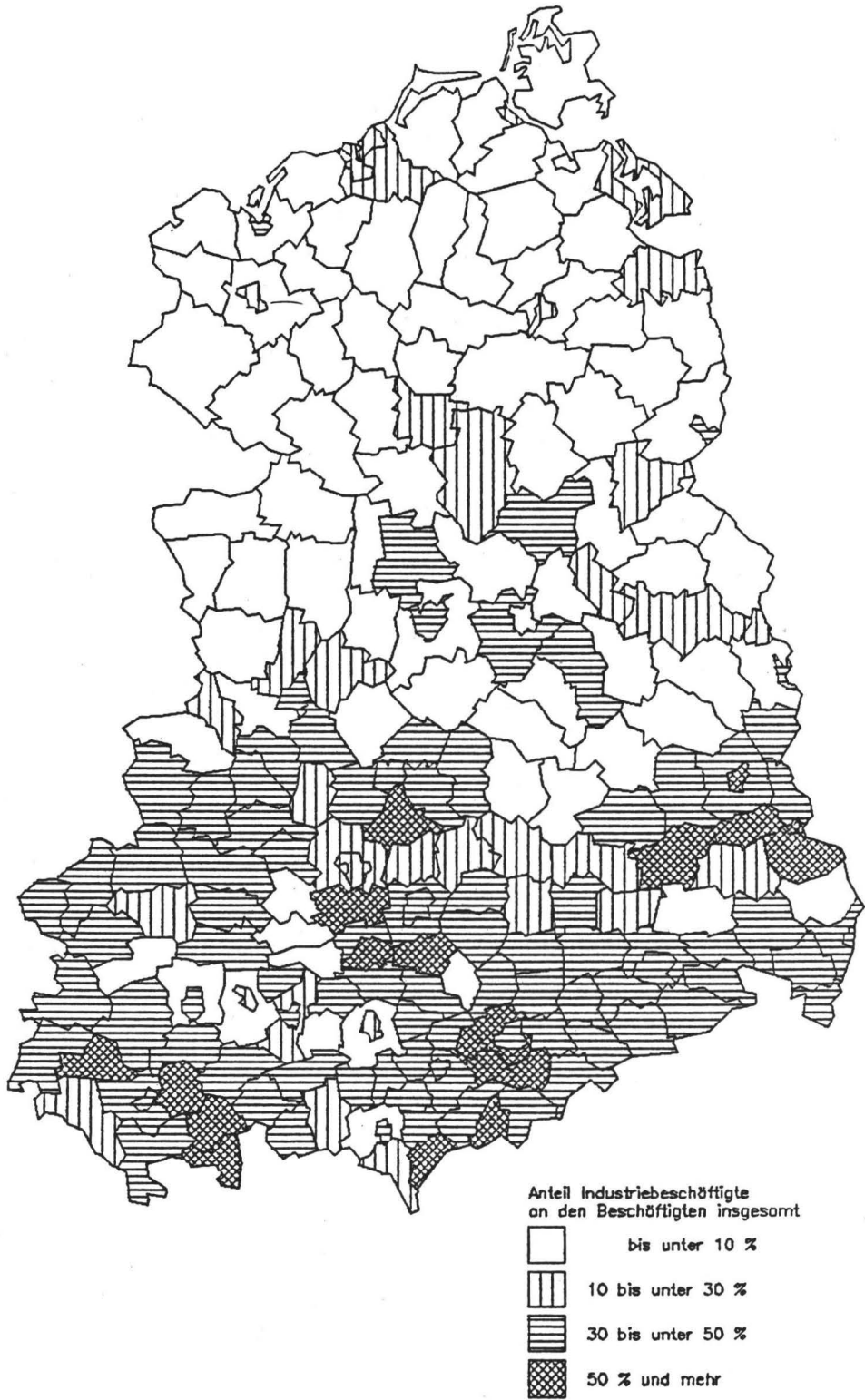
Regionstyp	Bevölkerung			
	insgesamt		im Arbeitsalter (20 — 60/65 J.)	
	abs.	in %	abs.	in %
Ballungsregionen (9 Stadt- und 38 Landkreise)	6 535 876	39,2	3 838 569	39,6
Industriell geprägte Regionen mit Verdichtungsansätzen (12 Stadt- und 58 Landkreise)	5 307 614	31,9	3 116 116	32,2
Ländliche Regionen (7 Stadt- und 93 Landkreise)	4 831 142	28,9	2 743 418	28,2
DDR insgesamt	16 674 632	100,0	9 698 213	100,0

Quelle: Eigene Berechnungen des Forschungsinstituts für Landeskunde und Raumordnung der DDR (1988)

Karte 1:
Regionstypen nach dem Grad der industriellen Prägung
und räumlichen Verdichtung der Kreise der DDR



Karte 2:
Standortverteilung der Industrie in der DDR
Industrialisierungsgrad je Kreis, 1985
(Anteil Industriebeschäftigte an
Beschäftigten insgesamt je Kreis)



Quelle: Eigene Berechnungen des Forschungsinstituts für
Landeskunde und Raumordnung der DDR auf der Grundlage
des zentralen Datenspeichers Industrie/Bonn

100 km

Das Industriepotential und die Infrastrukturausstattung der Ballungsregionen sind besonders vielfältig: Ein breites Qualifikationsspektrum und große Berufserfahrung sind vorhanden, zwei Drittel des wissenschaftlichen Potentials aller DDR-Regionen sind dort konzentriert. Damit besitzen die DDR-Ballungsregionen günstige Voraussetzungen für eine relativ rasche wirtschaftliche Strukturanpassung, wenn konsequent der Weg der Modernisierung der Produktion bei Entflechtung der Kombinate und Stärkung des privaten Sektors in der Großindustrie, vor allem aber kleiner und mittlerer Unternehmen beschritten und gleichzeitig die Industriestruktur durch Ansiedlung von Unternehmen ergänzt, die wirtschaftsnahe Infrastruktur ausgebaut sowie das in den Ballungsregionen vorhandene Wissenschaftspotential nutzbar gemacht werden.

Strukturschwache Regionen

Wesentlich komplizierter sind demgegenüber die Bedingungen einer Reihe von Regionen, bei denen vor allem infolge Monostrukturierung erhebliche Probleme bei der Strukturanpassung zu erwarten sind. Das betrifft herausragend acht DDR-Regionen. In ihnen leben fast 2,1 Mio. Menschen, darunter ca. 1,1 Mio. Erwerbsfähige; über 475 000 sind davon gegenwärtig in der Industrie beschäftigt (vgl. Tab. 3).

Hier sind besonders hohe Raten an Erwerbslosen zu erwarten, weil die Industrie in diesen Regionen nicht wettbewerbsfähig und/oder nicht umweltverträglich ist.

Die Parlamente und Regierungen der künftigen Länder der DDR sollten der Entwicklung in diesen Regionen mit Hilfe mittel- bzw. langfristiger Regionalentwicklungsprogramme besondere Aufmerksamkeit widmen. Ihr Zurückbleiben,

besonders eine rasche Zunahme der Erwerbslosigkeit in diesen Regionen, könnte auch für die Europäische Gemeinschaft negative Auswirkungen haben. Das würde sich besonders durch Freisetzung eines erheblichen Migrationspotentials bemerkbar machen. Es könnte nicht nur in andere DDR-Regionen abwandern, sondern erneut auch in die westdeutschen Bundesländer und möglicherweise auch in andere Regionen der Europäischen Gemeinschaft. Außerdem hängt auch die Eliminierung der wesentlichsten von den DDR-Regionen ausgehenden grenzüberschreitenden Luft- und Wasserbelastungen von der Lösung der Strukturprobleme in diesen monostrukturierten und damit strukturschwachen Regionen ab.

Die für die Entwicklung dieser Regionen verantwortlichen Länder und Kommunen sollten sich auch um eine Förderung dieser strukturschwachen Regionen mit Hilfe der Strukturfonds der Europäischen Gemeinschaft bemühen.

Ländliche Regionen

Förderungswürdig sind auch einige ländliche Regionen (vgl. Karte 1) vor allem in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns, die einseitig durch die Landwirtschaft geprägt sind. Dort leben etwa 4,8 Mio. Menschen. Ausgehend von der gegenwärtigen Wirtschaftsschwäche und den Auswirkungen der zu erwartenden Strukturveränderungen erscheint darüber hinaus das gesamte künftige Land Mecklenburg-Vorpommern förderbedürftig. Das resultiert aus der sich abzeichnenden Arbeitsmarktlage in diesem Land

— infolge der nicht wettbewerbsfähigen Agrarproduktion auf Böden mit teilweise niedriger Bonität bei geringer Produktivität;

Tabelle 3:
Auswahl strukturschwacher DDR-Regionen

Region.	Wohnbevölkerung 31.12.1988	Ausländische Bevölkerung 18.6.1990	Binnenwanderungssaldo 1986/1988	Außenwanderungssaldo		Erwerbstätige 30.9.1989	Ausländische Erwerbstätige 18.6.1990	Erwerbstätige Industrie 30.9.1989
				1986/1988	1989			
Wolgast Greifswald Wismar	245 288	3 548	-1 809	-641	-2 597	122 630	2 382	33 002
Eisenhüttenstadt	73 346	1 522	694	-305		35 889	2 693	14 853
Cottbus Hoyerswerda Senftenberg	398 927	7 972	-4 375	-1 763	-6 434	201 328	5 968	82 018
Halle Merseburg Bitterfeld	644 611	9 661	-6 787	-2 601	-11 907	358 082	5 929	186 083
Borna	86 473	2 866	-1 299	-287	-11 907	59 293	2 433	41 571
Altenburg Grimma	169 910	1 762	-1 819	-740	-3 356	77 222	1 122	31 545
Sangerhausen Eisleben Hettstedt	205 109	871	-2 494	-295	-1 865	103 454	336	45 503
Zwickau Glauchau	269 627	3 907	264	-1 549	-6 895	136 090	1 102	60 461
Bevölkerung in monostrukturier- ten Regionen insgesamt	2 093 291	32 109	-17 625	-8 181	-44 961	1 093 988	21 965	475 036

Quelle: Eigene Berechnungen des Forschungsinstituts für Landeskunde und Raumordnung auf der Datenbasis des Amtes für Statistik der DDR

- infolge der nicht ausreichend produktiven Landwirtschaft mit zum Teil veralteter Technik, etwa dem doppelten Arbeitskräftebesatz pro 100 ha im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland;
- infolge des hohen Anteils veralteter, nicht konkurrenzfähiger Lebensmittelindustrie und Nahrungsgüterwirtschaft an der Gesamtproduktion (42 %);
- infolge der Strukturschwäche, die unter anderem in einem hohen Anteil unzureichend marktfähiger metallverarbeitender Leichtindustrie zum Ausdruck kommt;
- infolge der ungenügenden Konzentrationseffekte der Infrastruktur im Vergleich zu den Ballungsregionen aufgrund der geringen Siedlungs- und Bevölkerungsdichte.

Angesichts dieser Lage der Region kann eine weitere Bevölkerungsabwanderung bis zur Entleerung einzelner Teilregionen eintreten. Andererseits haben die Regionen in Mecklenburg-Vorpommern Reproduktionsvorteile, z.B.

- gute Naturraumpotentiale,
- geringere Umweltbelastungen,
- ausreichendes Flächenangebot,

- günstige Verkehrslage als Bedingung für den Handel mit osteuropäischen Ländern, insbesondere mit der UdSSR und mit den Ostseeländern,
- qualifizierte Arbeitskräfte.

Alternativen zur Nutzung dieser Vorzüge können nicht in einer planlosen Industriensiedlung bestehen. Sie könnte zu einer Zerstörung von Landschaften führen, die zum Bestand der wertvollen Naturraumpotentiale der Europäischen Gemeinschaft gehören. Zweckmäßig wäre dagegen eine planmäßige Überwindung der agrarischen Monostruktur durch umweltfreundliche Agrarproduktion einschließlich verarbeitender und Lebensmittelindustrie in Verbindung mit Fisch- und Forstwirtschaft und "sanftem" Tourismus. Voraussetzung sind die Herstellung einer leistungsfähigeren Infrastruktur, erhöhte Attraktivität der Siedlungszentren sowie Schutz der Wälder und Gewässer.

Regionen mit Standortvorteilen

Im Unterschied zu diesen problematischen Regionen bringen einzelne DDR-Regionen Standortvorteile in die deutsche und europäische Integration ein. Dazu gehören in erster Linie

Tabelle 4:
Ausgewählte Indikatoren der sozialen Infrastruktur
ausgewählter strukturschwacher DDR-Regionen

Region	Wohnungen je 1 000 Einwohner 1989	Ambulante ärzt- liche Arbeits- plätze je 10 000 Einwohner 1989	darunter zahnärztliche Arbeitsplätze je 10 000 Einwohner 1989	Einwohner je Sporthalle 1988	Einwohner je Schwimm- halle 1988	Verkaufsraum- fläche je 1 000 Einwohner 1989
Wolgast	385	11,4	5,4	2 604	—	398
Greifswald/Stadtkreis	382	23,3	6,3	4 787	68 597	268
Greifswald/Landkreis	362	5,9	5,5	3 681	—	288
Wismar/Stadtkreis	404	15,2	6,0	2 639	58 058	277
Wismar/Landkreis	362	7,0	5,8	2 536	—	251
Eisenhüttenstadt/ Stadtkreis	411	13,0	7,4	53 048	2 792	331
Eisenhüttenstadt/ Landkreis	402	5,9	7,4	20 298	2 537	276
Cottbus/Stadtkreis	413	12,9	5,9	2 992	64 320	313
Cottbus/Landkreis	400	12,3	6,7	2 173	—	231
Hoyerswerda	378	11,7	5,2	3 191	111 700	306
Senftenberg	420	11,9	6,2	2 617	115 132	305
Halle/Stadtkreis	475	13,7	7,2	2 511	59 011	339
Halle-Neustadt	386	18,9	8,5	4 248	93 446	157
Saalekreis	406	10,9	6,1	1 717	—	209
Merseburg	426	11,8	6,5	2 264	59 992	289
Bitterfeld	419	14,8	7,3	3 051	128 159	277
Borna	421	13,4	5,2	2 790	86 478	291
Altenburg	440	11,7	6,2	2 434	104 653	304
Grimma	404	10,9	7,7	2 719	32 628	287
Sangerhausen	395	10,4	5,8	2 553	79 134	285
Eisleben	434	9,4	5,7	2 272	70 436	316
Hettstedt	391	9,6	4,3	2 136	27 770	301
Zwickau/Stadtkreis	471	15,3	5,8	40 583	40 583	376
Zwickau/Landkreis	455	9,8	5,1	—	—	276
Glauchau	462	11,1	6,7	66 575	66 575	369
DDR insgesamt	426	12,6	6,2	2 766	80 125	300

die Ballungsregionen, der Großraum Berlin (Berlin-Ost und Berlin-West sowie Umland) und die Bezirksstädte. Ihre Vor- teile bestehen in

- der exponierten Lage in Europa,
- einer multistrukturierten Produktion,
- ausbaufähigen Dienstleistungen in den Bereichen Banken, Versicherungen, Tourismus,
- einem großen Potential junger, vielseitig qualifizierter sowie sektoral und räumlich disponibel einsetzbarer Erwerbsfähiger,
- einer anpassungsfähigen Betriebs- und Arbeitsstätten- größenstruktur,
- innovativen Branchen,
- einer hohen Konzentration an Grundmitteln,
- ausgebauten und zum Teil auch relativ besser erhaltenen Netzen der technischen und sozialen Infrastruktur,
- geistig-kulturellen Traditionen und Potenzialen sowie Wis- senschafts- und Produktionspotential,
- günstigen demographischen Bedingungen sowie
- teilweise landschaftlich attraktivem Umland.

Diese Ausgangsbedingungen ermöglichen einen schnellen und effizienten Produktionszuwachs, der sowohl das Produk- tivitäts- als auch das Wohlstandsgefälle mittelfristig anglei- chen könnte. Daraus sollten die betreffenden Länder und Kommunen Prioritäten für die Wirtschaftsförderung ableiten.

Empfohlen wird

- a) eine Konzentration der Wirtschaftsförderung in Form einer Anschubfinanzierung für die industriellen Ballungs- regionen zum Ausbau einer wirtschaftsnahen Infrastruk- tur, Modernisierung der vorhandenen Produktion, Schaf- fung von Gewerbeflächen für klein- und mittelständische Unternehmen;
- b) eine vorrangige Technologieförderung in altindustrialisier- ten Regionen, vor allem in monostrukturierten Regionen der Schwerindustrie, um dort Strukturschwächen zu überwinden und die Arbeitsmarktlage zu verbessern;
- c) eine differenzierte Wirtschaftsförderung in den ländlichen Räumen mit dem Ziel, die regionalen Disparitäten hin- sichtlich Wohlstandsgefälle und Produktivitätsgefälle ge- genüber den Regionen im EG-Raum in Grenzen zu halten.

Netze der Infrastruktur

Innerhalb der Makronetze der technischen Infrastruktur ist für den deutschen und europäischen Integrationsprozeß be- sonders das Netz der Eisenbahn, Straßen und Wasserstraßen relevant.

Seine Achsen haben eine deutliche Nord-Süd-Ausrichtung. Sie wird lediglich in Sachsen und Thüringen sowie zwischen den Städten Magdeburg, Berlin und Frankfurt/Oder in West- Ost-Richtung ergänzt. In den städtischen Zentren dieses Achsensystems leben etwa 50 % der Bevölkerung, weitere 18 % im Osten entlang der Achsen.

Die Verkehrsinfrastruktur hat eine hohe Dichte. Sie ist jedoch geprägt

- im Eisenbahnnetz durch mehr als 1 000 Langsamfahrstellen und fast 4 000 nicht mehr voll tragfähige Brücken, 6 000 km Gleise mit geschädigten Schwellen und eine zu 70 % über 70 Jahre alte mechanische Stellwerktechnik der Eisenbahn,
- durch überlastete Hauptstrecken,

- im Straßennetz durch zu 55 % nur eingeschränkt befahr- bare Straßen mit 40 % geschädigten Brücken,
- bei den Wasserstraßen durch eine um 20 % eingeschränkte Nutzbarkeit infolge unterlassener Instandhaltungen.

Erforderlich ist eine Prognose der Verkehrsströme als Vor- bereitung für einen Verkehrswegeplan für Deutschland. Hier- bei wird im Interesse der europäischen Entwicklung die West- Ost-Relation zu bevorzugen sein. Das betrifft besonders das künftige europäische Hochgeschwindigkeitssystem der Eisen- bahn in den Verbindungen

- Hannover-Berlin,
- Frankfurt/Main-Leipzig
- München-Leipzig-Berlin
- Hamburg-Berlin-Dresden.

Das Autobahnnetz erfordert neben Lückenschließungen vor allem eine neue Verbindung zwischen Frankfurt/Main und Berlin. Das Binnenwasserstraßennetz läßt sich u.a. durch Aus- bau des Hafens Magdeburg besser erschließen.

Der Zustand der Städte in der DDR ist gekennzeichnet durch

- eine disproportionale Verteilung von Wohn- und Arbeits- stätten infolge des Aufbaus von großen Wohngebieten am Rande der Städte;
- den baulichen Verfall vieler städtischer Wohngebiete, vor allem in Städten der industriellen Ballungsregionen;
- einen schlechten baulichen Zustand großer Teile der sozia- len und technischen Infrastruktur;
- einen hohen Verschleißgrad industrieller und gewerblicher Arbeitsstätten.

Zwischen einzelnen Städten bestehen dabei jedoch erhebli- che Unterschiede: Günstigere Bedingungen bestehen in den meisten früheren Bezirksstädten (vor allem in den mittleren und nördlichen Regionen der DDR) infolge des dort konzen- trierten Investitionseinsatzes. Der Verfall von Gebäuden und baulichen Anlagen ist in kleinen und mittleren Industriestäd- ten der südlichen Ballungsregionen der DDR am größten.

2. Zu einigen künftigen Aufgaben von Raumordnung, Landesplanung und Raumforschung zur Gestaltung der räumlichen Struktur des bisherigen DDR-Gebiets

Wichtigstes Ziel und Anliegen sollte sein, die räumliche Struktur des bisherigen DDR-Gebiets so zu re-formieren, daß sie paßfähig wird zum künftigen Deutschland und zu Europa, paßfähig für das gemeinsame Hineinwachsen der Raumstruk- turen in das künftige Deutschland.

Paßfähigkeit der DDR-Regionen

Dabei wird Paßfähigkeit in erster Linie als Schaffung lei- stungsfähiger Raumstrukturen verstanden, die mit denen der bisherigen Bundesrepublik vergleichbar sind, so, wie sie dort auf den Ebenen des Bundes, der Länder und Kommunen nach föderalen Prinzipien in einem demokratischen Gestaltungs- prozeß über Jahrzehnte gewachsen sind. Die Herstellung sol- cher Paßfähigkeit der räumlichen Strukturen kann fraglos keine Einbahnstraße sein. Wir vermögen nicht einzuschätzen, ob und welche Teile der räumlichen Struktur in den westdeut- schen Bundesländern ebenfalls reformierungsfähig, verbesse- rungsfähig sind. Die vorhandenen Gemeinsamkeiten in den

Raumstrukturen der bisherigen DDR und der Bundesrepublik wie zum Beispiel der Verteilung von altindustrialisierten und gering industrialisierten Regionen, von industriellen Verdichtungsräumen und agrarisch strukturierten Regionen gestatten, die Integrationsfähigkeit grundsätzlich zu attestieren.

Das Anliegen der Verflechtung und Anpassung läßt sich — ohne Anspruch auf Vollständigkeit — unter vier Aspekten verdeutlichen:

1. kommt es darauf an, die *Regionen* der DDR mit denen der Bundesrepublik zu verflechten.

Dabei ist in erster Linie an die Grenzregionen zu denken. Obwohl die Grenzregionen in der DDR durchschnittlich nicht schlechter beschaffen waren als der Gesamttraum der DDR, so präsentieren sie doch einen Zustand, der im Gegensatz zu den Regionen der Bundesrepublik, auch zu ihren Zonenrandgebieten, steht. Durch Initiativen von Bundesländern und Bezirken sowie von Kommunen beider deutscher Staaten ist praktisch schon begonnen worden, die größten Rückstände abzubauen.

In diesem Sinne galt die Aufmerksamkeit bisher dem Grenzland beiderseits der bisherigen fast 1 400 km langen Grenze. Für die 26 Grenzkreise auf der Seite der DDR wurden neben kurzfristig wirksamen Maßnahmen der regionalen Wirtschaftsförderung einer wirtschaftsnahen Infrastruktur auch bereits erste mittel- und längerfristige Überlegungen zum räumlichen Profil in Verflechtung mit dem jeweiligen Teil des bundesrepublikanischen Zonenrandgebiets angestellt. Diese innere räumliche Verflechtung im bisherigen Grenzland wird sicher fortzusetzen sein.

Die Sorge der Raumordnung muß jetzt ebenso aber auch den östlichen Grenzregionen gelten, denn sie sind die Anschlußstücke zu Ost- und Südost-Europa, ohne die Europa als Ganzes nicht komplett werden kann.

2. bedeuten Verflechtung und Anpassung der Raumstruktur, die aus heutiger Sicht *strukturschwächsten Regionen* der DDR und diejenigen, die dies künftig sein werden, zu entwickeln und zu fördern.

Dabei ist vor allem an diejenigen Regionen zu denken, die unter der früheren Rohstoff- und Energiepolitik der DDR und insgesamt ihrer verfehlten Strukturpolitik besonders zu leiden hatten. Das ist eine vorrangige Frage des ökologischen Umbaus und der durchgreifenden Veränderung der Wirtschaftsstruktur der DDR.

Es wird die Bezirke Cottbus, Leipzig und Halle bei der notwendigen Reduzierung der Förderung und des Einsatzes von Rohbraunkohle betreffen; mehrere brandenburgische Kreise bei einer Verringerung der Rohstahlproduktion und der Stilllegung veralteter Walzstahl- und Kaltwalzanlagen; Standorte in Lauta, Freiberg und St. Egidien bei der Stilllegung der Aluminium-, Blei-, Zink- und Nickelproduktion; mehrere sächsische und anhaltinische Standorte bei der Stilllegung von Kohlechemie, Karbid- und Viskoseseidenproduktion. Es wird weiter solche einseitig durch Maschinenbau geprägten Kreise betreffen wie Wolgast und Potsdam-Land, die Städte Jena und Zwickau; schließlich Chemnitz und Dresden bei Beendigung der ineffektiven Herstellung von Garnen, textilen Flächen und Trikotagen. Insgesamt besagen die Untersuchungsergebnisse unseres Instituts, daß allein durch die marktwirtschaftliche Strukturanpassung in der Schwerindustrie, dem Maschinenbau und der Leichtindustrie die regionalen Arbeitsmärkte mit einer Größenordnung von etwa einem Drittel der 2,5 Mio. Beschäftigten durch Arbeitsplatzwechsel belastet werden, mit

allen sozialen Konsequenzen, die solche Vorgänge in den Regionen haben. Für diese Regionen, aber auch für eine Reihe agrarischer Regionen, besonders in Mecklenburg-Vorpommern, werden neue wirtschaftliche Grundlagen und damit auch neue raumordnungspolitische Konzepte gebraucht.

Dabei kann es nicht allein um die Stilllegung von industriellen und agrarischen Produktionen gehen, die sich auf dem Markt nicht tragen oder ökologisch unverträglich sind. Die Raumplanung muß zu der Frage, welche neuen Strukturen an die Stelle des Bisherigen zu setzen sind, einen maßgeblichen Beitrag leisten und sogar Vorlauf schaffen. Und dies muß fraglos so geschehen, daß überall räumliche Profile und Strukturen entstehen, die zu denen der Bundesrepublik paßfähig sind.

Auf jeden Fall muß verhütet werden, daß durch die notwendige Strukturanpassung in der DDR eine neue Welle der Übersiedlung in die Bundesrepublik entsteht — auch Raumordnung und Landesplanung sind dazu gefordert.

Das Wichtigste dafür scheint zu sein, für diese Regionen vordringlich Regionalentwicklungspläne aufzustellen. Dafür sollte das Beste und Praktikabelste unter dem in allen Teilen Deutschlands vorhandenen Know-how der Regionalentwicklungsplanung angeboten werden, um für diese besonders betroffenen Regionen rasch zu praktikablen Regionalentwicklungsplänen nach einem möglichst einfachen Muster zu kommen. Sie werden nicht zuletzt wohl auch gebraucht, um zu Fördermitteln der EG zu gelangen.

Diese Regionalentwicklungsplanung muß wiederum einschließen, auch solche Belange raumordnungspolitisch zu schützen, die mit traditionellen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und den Ländern Osteuropas zusammenhängen, besonders zur UdSSR. DDR-Regionen tragen diese Wirtschaftsbeziehungen, wie z.B. die Region Schwedt an der Oder die Erdölversorgung aus der UdSSR mit den angelagerten Aufbereitungsstufen, Eisenhüttenstadt die Verarbeitung sowjetischer Eisenerze und polnischer Steinkohle, der Fährhafen Mukran die Verbindung nach Klaipeda in Litauen und andere. Alle diese Funktionen einzelner Regionen in der DDR können auch vom gesamtdeutschen Standpunkt ganz wichtig sein und müssen daher bewahrt werden.

Der europäische Aspekt des Anpassungsprozesses der DDR-Raumstrukturen sollte stets bewußt sowohl als Einpassung in den EG-Raum als auch im Sinne der Wahrnehmung der Bindeglied- und Transitfunktion zum bisherigen RGW-Raum gesehen werden.

3. ergeben sich Aspekte der räumlichen Anpassung an die Bundesrepublik aus bestimmten Spezifika des DDR-Raums als Ganzem.

Die Raumordnungspolitik in den DDR-Regionen wird künftig länder- und kommunalgetragen sein. Nichtsdestoweniger wird für die Anpassung an die Bundesrepublik zweckmäßig und erforderlich sein, für eine gewisse Zeit, bis die Paßfähigkeit vollendet ist, bestimmte strukturelle Besonderheiten des DDR-Raums als Ganzem, die objektiv vorhanden sind, und bestimmte überregionale Prozesse im DDR-Raum wissenschaftlich zu beobachten, durchschaubar zu machen und auch entsprechende raumordnungspolitische Empfehlungen an die Länder und Kommunen zu geben.

Dazu sind z.B. alle weiteren Agglomerationsprozesse der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Infrastruktur zu rechnen. Auch die räumlich geballt zu erwartenden Strukturanpassungsprozesse und die Richtungsangabe der regionalen

Wirtschaftsförderung gehören dazu. Und nicht zuletzt die Prozesse der Urbanisierung. Zwischen Verdichtungsräumen und ländlichen Räumen muß innerhalb des Gesamttraums der fünf DDR-Länder auch überregional für ein ausgewogenes Verhältnis gesorgt werden.

Verstädterung

Die DDR-Regionen weisen ein im europäischen Vergleich relativ dichtes Städtensetz und einen hinreichenden Verstädterungsgrad auf. Dennoch ist der Abstand zur Verstädterung in der Bundesrepublik beträchtlich. Zwar erscheint eine höhere Verstädterung in der DDR nicht unbedingt erstrebenswert, aber es wird aus marktwirtschaftlichen Zusammenhängen heraus einen weiteren Schub für die Verstädterung geben. Der marode bauliche Zustand der Städte in den DDR-Regionen läßt außerdem einen baulichen und infrastrukturellen Innovationsschub erwarten, der den Anteil der in Städten lebenden Bevölkerung und den Anteil städtisch bebauter Flächen in der DDR rasch ansteigen lassen könnte. Erfahrungen über Ausmaß, Schrittfolge und Konsequenzen dieser Prozesse könnten den Ländern und Kommunen in der DDR sicher hilfreich sein, um jede Art von räumlichen Wucherungen zu vermeiden und eigene Leitvorstellungen zu entwickeln.

Orientierungen, Empfehlungen aus der Gesamtsicht der DDR-Regionen werden auch für die weiteren Entwicklungen der industriellen Agglomerationen gebraucht.

Die Regionen Leipzig, Halle, Chemnitz-Zwickau und Dresden-Oberes Elbtal sind in besonderem Maße Leidtragende der vergangenen Strukturpolitik gewesen.

Agglomerationsprobleme

Im Bezirk Leipzig z.B. sind regionale Strukturdeformationen dadurch eingetreten, daß über einen langen Zeitraum überwiegend (zu zwei Dritteln) in die extraktive Industrie (Braunkohlenbergbau, Energie und Grundchemie) investiert und traditionelle Zweige wie der Leipziger Maschinenbau vernachlässigt wurden. Dazu kamen die übermäßige Ressourcenausbeutung in dieser Region, die überdurchschnittlichen Umweltbelastungen, auch die rückläufigen geistig-kulturellen Funktionen sowie rückläufigen Einwohnerzahlen infolge Abwanderung und Überalterung der Bevölkerung.

Andererseits haben der Bezirk und die Stadt Leipzig soviel Innovationspotential, daß man hier das Entstehen eines neuen Zentrums von deutscher, vielleicht sogar europäischer Dimension erwarten kann. Mit dem ökologischen Umbau und der Wirtschaftsreform könnte die Stadt Leipzig als Handelsmetropole einen merklichen Bedeutungsgewinn erfahren, und es können Suburbanisierungsprozesse eintreten, die ähnlich wie im Raum Frankfurt/Main ablaufen könnten.

Ein ähnlicher Innovationsschub ist für die Agglomeration von Berlin abzusehen. Allein die Vereinigung der beiden Teile Berlins wird soviel menschliche, wirtschaftliche und kulturelle Kräfte freisetzen, daß mit einer Potenzierung der Kraft und Ausstrahlung dieser Metropole gerechnet werden darf. Die Transit- und Mittlerfunktion nach Ost- und Südosteuropa und solche Projekte wie z.B. der Neubau eines Großflughafens an einem Standort zwischen Berlin und Sachsen, jedenfalls mit mehr als nur stadtbedienender Bedeutung, werden weitere Impulse in dieser Richtung geben. Wir erwarten für diese Hauptstadt des künftigen Deutschlands eine Einwohnerzahl, die fast an 6 Mio. heranreichen könnte (wenn wir die 2,1 und

die 1,3 Mio. von Berlin-West und Berlin-Ost zusammenrechnen, fast 1 Mio. aus dem Umland in den heutigen Bezirken Frankfurt/Oder und Potsdam und sicher etwas mehr als 1 Mio. Zuwanderer). Eine solche Region Berlin braucht beispielhafte Stadt-Umland-Beziehungen, einschließlich ökologischer Vorbildwirkungen.

Das alles erfordert auch eine überregionale Raumordnung; die Planung der Entwicklung dieser Region ist sicher mehr als eine regionale oder gar lokale Aufgabe.

Ländlicher Raum

Raumordnungspolitik zur Anpassung der DDR-Regionen an die Bundesrepublik sollte aber nicht nur auf die Städte und Agglomerationen gerichtet sein, sondern ebenso auch auf die ländlichen Räume. Wir haben schon darüber berichtet, daß die Welle der Übersiedlung von Deutschen aus der DDR in die Bundesrepublik nicht alle DDR-Regionen gleichmäßig traf, sondern daß eine konzentrierte Wirkung auf die ländlichen Siedlungen nachzuweisen ist, besonders auf die Kleinstädte und Dörfer in Mecklenburg, in Sachsen und zum Teil auch in Thüringen.

Auch die Binnenwanderung innerhalb der DDR, deren Verlauf unser Institut über viele Jahre untersucht hat, ging und geht u.a. immer zu Lasten der ländlichen Siedlungen, die teilweise in nicht ganz 20 Jahren schon bis zu 20 % ihrer Einwohner-Substanz eingebüßt haben. Vielen ländlichen Gemeinden der DDR, besonders in Mecklenburg-Vorpommern, kann heute schon von der demographischen Reproduktion her keine Zukunftschance mehr gegeben werden. Die wirtschaftlichen und die sozial-kulturellen Veränderungen, die auf dem Lande in der DDR vorhersehbar sind, können das ländliche Siedlungsnetz in Grundfragen weiter beeinflussen.

Es wäre sicherlich sehr hilfreich, wenn abgelaufene Prozesse dieser Art im ländlichen Raum der Bundesrepublik zu Studien aufgearbeitet werden könnten, um den Ländern und Kommunen der DDR für analoge Entwicklungen in der DDR Prognosen und Leitvorstellungen zur Verfügung zu stellen. Gerade für ländliche Räume sind gezielte gemeinsame Raumforschung und Raumordnung erforderlich, um einen Beitrag zu leisten, damit die Menschen in den ländlichen Räumen der DDR überall Zukunftschancen erhalten.

Alle diese und weitere Raumordnungs- und Regionalplanungsaufgaben machen erforderlich, die Raumordnung für die DDR-Regionen mit Kompetenz in den Ländern und Kommunen durch übergreifende, überregionale Untersuchungen der Raumforschung und mit Grundsätzen der Raumordnung im DDR-Maßstab zu unterstützen, um die Besonderheiten des DDR-Raums richtig in den Vereinigungsprozeß einzubringen. Die Effektivität des gesamtdeutschen Annäherungs- und Einigungsprozesses wird davon mitbestimmt.

Verfahren und Instrumente der Raumordnung

Ein vierter Aspekt muß die Verfahren und Instrumente von Raumordnung und Landesplanung betreffen.

Die räumlichen Strukturen der DDR-Regionen denen der Bundesrepublik anzupassen, verlangt auch Anpassung hinsichtlich der Verfahren und Instrumente und vor allem hinsichtlich der föderalen Denk- und Verhaltensweisen raumordnerischen Herangehens. Die Chance der Wende in der DDR muß genutzt werden, um die demokratische Erneuerung in der DDR unter anderem auch durch Anpassung an die erfolg-

reichsten Erfahrungen der Raumordnung, Landes-, Regional- und Stadtentwicklungsplanung zu unterstützen, die es in der Bundesrepublik gibt. Der Begriff der *Planung* ist in der DDR negativ besetzt, als Folge der verfehlten Wirtschaftsplanung. Wir müssen uns klarmachen, daß Marktwirtschaft ohne Planung (Planung anderer Art) nicht geht. Auch dazu werden Erfahrungen aus der Bundesrepublik gebraucht.

Der Hauptadressat für diesen Lernprozeß ist das personelle Potential, das künftig in den ostdeutschen Ländern Raumordnung und Landesentwicklung planen wird. Dieses personelle Potential ist vorhanden und für die anstehende Aufgabe in gewisser Weise auch bereits wissenschaftlich ausgebildet. Es hat praktische Erfahrungen, es hat Regional- und Lokalkenntnis und effektive Arbeitsinstrumente wie beispielsweise die rechnergestützten Katasterunterlagen in den Büros für Territorialplanung.

Das personelle Potential

Dieses personelle Potential dürfte im Ansatz auch ermöglichen, weitere notwendige Planungsebenen in Gang zu setzen, wie sie uns aus der Bundesrepublik in Gestalt der Regionalverbände, Raumordnungsverbände, Regionalen Planungsverbände, Planungsgemeinschaften, Landschaftsverbände usw. bekanntgeworden sind.

Die personelle Potenz für die Planungstätigkeit der kommunalen Ebenen muß dagegen weniger optimistisch eingeschätzt werden. In den großen und mittleren Städten der DDR sind noch Fachleute und Know-how zur Stadtplanung zu finden, wenngleich sie in der Vergangenheit kaum recht zum Zuge kamen. Dagegen ist ein solches Potential in den kleinen Städten und auch in den heutigen Kreisen kaum zu finden. Gerade diese Ebene wurde in der Planwirtschaft selbst an den bescheidenen Schritten sogenannter langfristig-konzeptioneller Arbeit nicht beteiligt. Sie hatte überwiegend Befehle zur territorialen Sicherung von Zweigvorhaben durchzusetzen. Hier werden große Lücken zu schließen sein, auch durch eine breite Fortbildungs- und Umschulungsarbeit. Das vom Landkreis Soest ausgehende Angebot des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses des Deutschen Landkreistages, daß jeder Landkreis der Bundesrepublik ein oder zwei Vertreter der künftigen Kreisebene der DDR zu einer praxisorientierten Hospitation aufnimmt, sollte rasch aufgegriffen werden.

Die Raumordnung, Landes-, Regions- und Stadtentwicklung liegen künftig auch in der DDR in der *Verantwortung der Länder und der Kommunen*.

Nachdem mit den Kommunalwahlen vom Mai 1990 für die Kommunen und Kreise demokratisch legitimierte Arbeitsfähigkeit besteht, werden mit dem Inkrafttreten des Ländereinführungsgesetzes und den Landtagswahlen voraussichtlich ab Mitte November 1990 auch die Länder arbeitsfähig sein:

- Mecklenburg-Vorpommern (bisherige Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg),
- Brandenburg (bisherige Bezirke Potsdam, Frankfurt/Oder, Cottbus),
- Sachsen-Anhalt (bisherige Bezirke Magdeburg, Halle),
- Sachsen (bisherige Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt/Chemnitz, Leipzig),
- Thüringen (bisherige Bezirke Erfurt, Gera, Suhl),
- Berlin (Ost) als Stadt mit Landesbefugnissen.

Handlungsbedarf: Länder und Kommunen

Aus den oben dargestellten Problemen der DDR-Regionen wird der dringende Handlungsbedarf der Länder und Kommunen als Träger der Raumordnung, Landes- und Regionalplanung deutlich. Deshalb ist den neu gewählten Organen dieser Ebenen dringend zu empfehlen, die Ausarbeitung von Regionalentwicklungsplänen einzuleiten. Diese Regionalentwicklungspläne sind eine Voraussetzung sowohl für die Einleitung eigener Initiativen zur Lösung der Probleme in den Ländern als auch für die evtl. Beantragung von unterstützenden Mitteln aus den Strukturfonds der Europäischen Gemeinschaft. Sachkunde und erfahrene Fachkräfte zur Aufstellung von Regionalentwicklungsplänen sind in den Büros für Territorialplanung der Bezirke der DDR und auch in unserem Forschungsinstitut für Landeskunde und Raumordnung vorhanden.

Sehr begrüßenswert wäre dazu die fortgesetzte Übermittlung von Kenntnissen und Erfahrungen aus der Bundesrepublik Deutschland und aus anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Für die bisher bereits geleistete tatkräftige Hilfe vieler Raumforscher und Landesplaner aus der Bundesrepublik ist ein großer Dank auszusprechen.

Prof. Dr. Werner Ostwald
Krautstraße 5
O-1017 Berlin